

## A1 Inklusion verbessern

Gremium: OV Überherrn  
Beschlussdatum: 26.10.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

### Antragstext

1 Qualität der Inklusion ausbauen - Regionalverband und Landkreise werden  
2 3 inklusiver  
3 4 Den Regionalverband, den Landkreis Saarlouis und ihre Gemeinden, wollen wir zu  
4 5 einer inklusiven Schulregion umgestalten. Dazu streben wir die Stärkung aller  
5 6 inklusiven Strukturen und Maßnahmen an den Regelschulen und den regionalen  
6 7 Förderzentren an. Alle Schülerinnen und Schüler sollen langfristig in ihrem  
7 8 Wohnort lernen, um ihre Inklusion im Wohnort zu ermöglichen.  
8 9 Das Ministerium für Bildung sollte dafür die regionalen Förderzentren stärken  
9 10 und um Aufgabenbereiche erweitern. Wir fordern dazu dringend eine bessere  
10 11 Elternberatung bei Unterstützungsmaßnahmen, bei der Anerkennung jedweden  
11 12 Förderbedarfs. Die Kompetenzen dazu sind an allen regionalen Förderzentren  
12 13 vorhanden.  
13 14 Für die Qualitätsverbesserung sollte das Ministerium auch endlich  
14 verbindliche  
15 15 Kriterien für das Absenken des Anforderungsniveaus festlegen, wie wir das  
16 schon  
17 16 lange vorschlugen. Die intransparente Zuweisung von Ressourcen von  
18 17 Förderschullehrkräften an die Förderzentren und Regelschulen halten wir für  
19 18 inakzeptabel. Auch hierzu sind die Kriterien unbekannt.  
20 19 Regionalverband, Landkreis Saarlouis und Gemeinden arbeiten für das Ziel in  
21 20 einem Gremium zusammen, um finanzielle Mittel bereitzustellen, diese  
22 21 strukturellen Veränderungen anzuregen und somit effektiv zu unterstützen.  
23 22 Im Schuljahr 24/25 erwarten wir mit diesen Maßnahmen 10% weniger  
24 Schüler:innen  
25 23 an Förderschulen und höhere Bildungsabschlüsse. Die zuletzt zahlreichen  
26 24 Zuweisungen an Förderschulen hoffen wir damit zu stoppen. Sie sind mit dem  
27 Ziel  
28 25 der Inklusion unvereinbar.

## A2 Altersfreundliche Städte und Gemeinden schaffen - ein Vorteil für alle

Gremium: Graue Grüne  
Beschlussdatum: 21.10.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

### Antragstext

1 Der Demographische Wandel wird tiefgreifende Auswirkungen auf Wirtschaft und  
2 Gesellschaft haben und radikale Veränderungen in Politik, Wirtschaft und  
3 Gesellschaft mit sich bringen. Auch das Saarland steht vor erheblichen  
4 Herausforderungen, die heute aktiv gestaltet werden müssen, um auch in Zukunft  
5 eine lebenswerte Umgebung zu gewährleisten. Eine bedeutende Rolle in diesem  
6 Prozess spielen Kommunen als Lebensort.

7 Die Grauen Grünen Saar setzen sich das Ziel, das Saarland zu einer "Age-Friendly  
8 Region" zu entwickeln und Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen,  
9 altersgerechte Strukturen gemäß den Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation  
10 (WHO) zu schaffen.  
11 Städte und Gemeinden im Saarland sollen gezielt dabei unterstützt werden, die  
12 Kriterien der WHO für eine altersfreundliche Umgebung umzusetzen. Dazu gehören:

- 13 •     ◦ Öffentlicher Raum: Gestaltung sicherer und zugänglicher öffentlicher  
14         Plätze, Parkanlagen und Fußwege, die auf die Bedürfnisse älterer  
15         Menschen abgestimmt sind.
- 16     ◦ Öffentlicher Nahverkehr: Verbesserung des ÖPNV durch barrierefreie  
17         Zugänge, seniorengerechte Informationssysteme und ausreichende  
18         Sitzmöglichkeiten an Haltestellen.
- 19     ◦ Soziale Teilhabe: Förderung von Treffpunkten, kulturellen Angeboten  
20         und Freizeitaktivitäten, die generationsübergreifend genutzt werden  
21         können und soziale Isolation älterer Menschen verhindern.

22 Um dieses Ziel erreichen zu können, brauchen wir politische Unterstützung vor  
23 allem in den Kommunen.

24 Daher bitten wir den Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen und die grünen  
25 Kommunalräte

- 26 • An die saarländische Landesregierung zu appellieren, die Kommunen bei der  
27 Implementierung und Weiterentwicklung altersfreundlicher Maßnahmen zu  
28 unterstützen. Dies könnte in Form von Zuschüssen für altersgerechte  
29 Infrastrukturprojekte oder durch Beratungs- und Schulungsangebote zur  
30 Planung altersfreundlicher Konzepte geschehen.
- 31 • Die Grünen Saar sollen eine Kampagne ins Leben rufen, um das Bewusstsein  
32 für die Bedeutung von "Age-Friendly Cities" zu stärken. Hierbei sollen  
33 alle Generationen angesprochen und für die gemeinsamen Bedürfnisse  
34 sensibilisiert werden. Dazu gehört auch die Einbindung lokaler Senioren-  
35 und Jugendvertretungen, um generationsübergreifende Lösungen zu fördern.

36 Altersfreundliche Städte und Gemeinden fördern nicht nur die Lebensqualität  
37 älterer Menschen, sondern schaffen auch Mehrwert für alle Generationen und  
38 unterstützen eine nachhaltige Stadtentwicklung. Mit diesem Antrag leisten die  
39 Grünen Saar einen Beitrag zur Schaffung eines sozialen, sicheren und gesunden  
40 Lebensumfelds für alle Altersgruppen im Saarland.

41 Daher bitten wir darum, unserem Antrag zustimmen.

42 Graue Grüne Saar

43 Barbara Klein-Braun, Hubert Jung, Vorsitzende

## A3 Lehren aus der Kommunalwahl sind Weichen für die Zukunft: Stärkung des ländlichen Raums

Gremium: OV Sulzbach  
Beschlussdatum: 28.10.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

### Antragstext

1 Im Juli 2024 äußerte sich der Soziologe Andreas Reckwitz über den Einbruch der  
2 Grünen bei den Europawahlen folgendermaßen: „Die Grünen können sich auf ihre  
3 Stammwählerschaft in der neuen Mittelklasse in den Metropolregionen ... verlassen.  
4 Aber im kleinstädtisch-ländlichen Bereich sind sie so schwach wie vorher. (...)  
5 Die Grünen sind mit linksliberalen Milieus verbunden, die schwerpunktmäßig in  
6 den großen Städten leben.“ (Süddeutsche Zeitung Nr. 153, S. 13)

7 Diese Beurteilung zeigt sich eindrucksvoll an den Wahlergebnissen der  
8 Kommunalwahlen im Saarland. Während die Grünen in Saarbrücken ein  
9 zufriedenstellendes Ergebnis vorweisen können, verlieren sie im ländlichen Raum  
10 erheblich  
11 Gleichzeitig zeigt sich dort ein starker Anstieg der AFD. Inzwischen gibt es  
12 einige Kommunen, in denen nur noch ein grünes Mitglied im Rat vertreten ist. Auf  
13 OV-Ebene sinkt die Motivation für aktives Engagement erheblich. Da aber die  
14 Mitgliederzahl der kommunalen OVs im Umland im Gegensatz zum städtischen Milieu  
15 äußerst gering ist, stehen die verbliebenen aktiven Mitglieder unter erheblichen  
16 Belastungen.

17 Auch die Problemlagen in den Umlandkommunen sind andere als im städtischen  
18 Bereich. Ein wichtiger Faktor ist der demografische Wandel, mit dem der  
19 ländliche Raum stärker zu kämpfen hat als das städtische Umland. Einwohner\*innen  
20 haben das Gefühl abgehängt zu sein. Als sog. „ordentlicher und pflichtbewusster  
21 Bürger“ habe man immer  
22 gearbeitet und damit einen Beitrag zum Gemeinwohl geleistet. Jetzt aber sei man  
23 mit einem befremdlichen Ortsbild konfrontiert, mit zurückgehender  
24 Dienstleistung, Leerständen, Vermüllung, - so das Narrativ. Neueste  
25 soziologische Studien zeigen, dass es gerade die Älteren sind, die sich betrogen  
26 fühlen.

27 Ermutigt durch einen Antrag auf der BDK zur Situation im ländlichen Raum fordert  
28 der OV Sulzbach, „in den kommenden Jahren an einer Verbesserung unserer Präsenz  
29 und Wirkkraft überall im Land“ zu arbeiten. Als solidarische und kämpferische  
30 Partei, die wir sind, müssen wir uns unterhaken und auch anerkennen, dass wir  
31 die Präsenz und Kommunikation unserer Politik in den ländlicheren Regionen  
32 verbessern müssen. So muss die Sichtbarkeit für GRÜN auch in ländlichen Räumen  
33 möglichst permanent gewährleistet sein. Zudem muss in unseren politischen  
34 Programmen verstärkt die Lebensrealität der ländlichen Räume in den Fokus  
35 rücken, um den bereits vorhandenen (Demokratie-)Frustr der Menschen hier  
36 abzubauen. Ihre Bedürfnisse werden zwar regelmäßig von der Politik artikuliert,  
37 jedoch ist dafür in den vergangenen Jahren abseits der Städte und  
38 Ballungsgebiete zu wenig passiert, egal ob es den Ausbau des ÖPNV, die  
39 Daseinsvorsorge oder die soziale Teilhabe betrifft.“ (aus dem BDK-Antrag VR-08  
40 GRÜNE Strukturen auf dem Land stärken)

41 Der OV Sulzbach stellt den Antrag, dass der Landesverband in Zusammenarbeit mit  
42 den Kreis- und Ortverbänden eine Strategie entwickelt, die die Umlandkommunen  
43 stärkt.

44 Z.B.:

- 45 • Eine Vernetzung der grünen Kommunalräte, die inhaltlichen Austausch  
46 untereinander, mit KVs und dem Lavo gewährleisten soll
- 47 • Unterstützung der mitgliederschwachen OV's in der Öffentlichkeitsarbeit,  
48 bei Veranstaltungen, Aktionen, Infomaterial, der Verbindung zur Presse
- 49 • Besuche bei öffentlichen Veranstaltungen im Umland
- 50 • Patenschaften zwischen mitgliederstärkeren und schwachen OV's.

51 Denn es stehen weitere Wahlen vor der Tür, die nicht allein in den Städten  
52 gewonnen werden. Nur wenn wir auf spezifische Probleme der Umlandkommunen eine  
53 Antwort finden, können wir mit einem sicheren Wahlergebnis rechnen – einem  
54 Ergebnis, das einen sozial ausgerichtete Klimaschutzpolitik ermöglicht.

55 Wir um Unterstützung für den Antrag.

56 OV Sulzbach, Barbara Klein-Braun, Hubert Jung

## A4 Migration als Chance für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Antragsteller\*in: José Ignacio Rodriguez Maicas (KV Saarbrücken)

Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

### Antragstext

1 Diese Resolution ist ein Aufruf an Politik und Gesellschaft, Migration als  
2 Chance zu begreifen und aktiv an ihrer Gestaltung mitzuwirken. Nur durch ein  
3 gemeinsames Engagement können wir eine gerechte, nachhaltige und  
4 zukunftsorientierte Gesellschaft schaffen.

5 Migration ist ein zentrales Thema unserer Zeit, das uns mit vielfältigen  
6 Herausforderungen, aber auch mit großen Chancen konfrontiert. Als Bündnis 90/Die  
7 Grünen Saarland setzen wir uns dafür ein, Migration als integralen Bestandteil  
8 einer offenen und zukunftsorientierten Gesellschaft zu begreifen. Der  
9 demographische Wandel und der Fachkräftemangel sind drängende Themen, die uns  
10 dazu auffordern, innovative und nachhaltige Lösungen zu entwickeln.

11 Im Saarland besitzt fast ein Viertel der Bevölkerung einen ausländischen Pass.  
12 Dies verdeutlicht die kulturelle Vielfalt und den Reichtum an Perspektiven, die  
13 unsere Region prägen. Diese Diversität ist eine große Stärke und bietet die  
14 Möglichkeit, gemeinsam an einer inklusiven Gesellschaft zu arbeiten, in der  
15 jede\*r Einzelne unabhängig von der Herkunft gleiche Chancen hat.

16 Deutschland steht vor der Herausforderung, seine alternde Bevölkerung zu  
17 unterstützen und gleichzeitig seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu  
18 sichern. Fachkräfte aus dem Ausland können einen wesentlichen Beitrag dazu  
19 leisten, diese Herausforderungen zu meistern. Wir sehen Migration nicht nur als  
20 Lösung für wirtschaftliche Probleme, sondern als Bereicherung für unsere  
21 Gesellschaft, die Vielfalt und interkulturellen Austausch fördert.

22 Der Schutz von Geflüchteten ist ein grundlegendes Menschenrecht, das wir als  
23 Bündnis 90/Die Grünen Saarland entschieden verteidigen. Geflüchtete Menschen,  
24 die vor Krieg, Verfolgung und Gewalt fliehen, verdienen unsere volle  
25 Unterstützung und Solidarität. Es ist unsere moralische und rechtliche  
26 Verpflichtung, ihnen Schutz und Zuflucht zu bieten. Dabei ist es unerlässlich,  
27 dass Asylverfahren fair, transparent und zügig ablaufen, um den betroffenen  
28 Personen schnellstmöglich Sicherheit und Perspektiven zu bieten. Wir setzen uns  
29 dafür ein, dass Geflüchtete nicht nur als Schutzsuchende betrachtet werden,  
30 sondern als wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft, die mit ihren Fähigkeiten  
31 und Erfahrungen zur kulturellen und wirtschaftlichen Bereicherung beitragen  
32 können. Ein würdevoller Umgang und der Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialen  
33 Diensten sind entscheidend, um ihnen ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu  
34 ermöglichen.

35 Um Migration erfolgreich zu gestalten, ist es notwendig, die Rahmenbedingungen  
36 so anzupassen, dass Migrant\*innen in ihrer neuen Heimat willkommen geheißen und  
37 unterstützt werden. Dies erfordert nicht nur politische Maßnahmen, sondern auch  
38 das Engagement der gesamten Gesellschaft, um Vorurteile abzubauen und ein Klima  
39 der Offenheit und Toleranz zu schaffen.

40 Forderungen:

- 41 1. **\*\*Gezielte Anwerbung und Integration von Fachkräften:\*\***  
42 Wir fordern ein transparentes und unbürokratisches Verfahren zur Anwerbung  
43 ausländischer Fachkräfte, das die Anerkennung von Qualifikationen erleichtert  
44 und schnelle Arbeitsaufnahme ermöglicht.
- 45 2. **\*\*Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe:\*\***  
46 Migrant\*innen sollen von Beginn an die Möglichkeit haben, sich aktiv an der  
47 Gesellschaft zu beteiligen. Dazu gehören der Zugang zu Sprachkursen,  
48 Bildungseinrichtungen und Arbeitsmärkten, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- 49 3. **\*\*Stärkung der Willkommenskultur:\*\***  
50 Wir setzen uns für die Förderung einer Willkommenskultur ein, die durch  
51 Aufklärungskampagnen und interkulturelle Projekte Vorurteile abbaut und die  
52 gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt stärkt.
- 53 4. **\*\*Rechtssicherheit und Schutz für Geflüchtete:\*\***  
54 Asylverfahren müssen beschleunigt und human gestaltet werden. Geflüchtete  
55 benötigen rechtliche Sicherheit und Zugang zu sozialen Dienstleistungen, um ein  
56 selbstbestimmtes Leben führen zu können. Das bedeutet auch eine Reformierung der  
57 Ausländerbehörde des Saarlandes, damit sie als Ansprechpartner:in und  
58 Hilfseinrichtung gegenüber Geflüchteten fungieren kann, (anstatt als  
59 Integrationsverhinderer).
- 60 5. **\*\*Förderung von interkulturellem Dialog und Bildung:\*\***  
61 Wir fordern die verstärkte Unterstützung von Programmen, die den  
62 interkulturellen Dialog und das Verständnis zwischen verschiedenen  
63 Gemeinschaften fördern. Bildungseinrichtungen sollten verstärkt interkulturelle  
64 Kompetenzen vermitteln, um ein respektvolles und friedliches Miteinander zu  
65 gewährleisten.

## Begründung

### ANTRAGSTELLER:INNEN

1. Jose Ignacio Rodriguez Maicas
2. Fabian Theobald
3. Judith Rachel
4. Thomas Brass
5. Sigrid Schlemmer
6. Charlotte Sander
7. Fiona Wacker
8. Anne Lahoda
9. Lea Kaschek
10. Petra Port
11. Patrick Hahl
12. Sandra Steinmetz
13. Andrea Schrickel

## A5 Sieben Handlungsempfehlungen für eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung im Saarland

Antragsteller\*in: Anne Lahoda (KV Saarbrücken)

Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

### Antragstext

1 Der Landesparteitag möge folgende Handlungsempfehlungen der Antragsteller:innen  
2 beschließen:

3 Sieben Handlungsempfehlungen für eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung und  
4 eine erfolgreiche Transformation der Saarwirtschaft

5 Die aktuellen Ereignisse rund um S-Volt und Wolfsspeed zeigen, dass der schlichte  
6 Versuch der Landesregierung, die Wirtschaftsregion Saarland als Automotive-  
7 Region durch einige Großansiedlungen abzusichern, zu kurz greift und zu  
8 scheitern droht. Wir brauchen einen offeneren Ansatz, der nicht nur auf die  
9 Transformation der Altindustrien setzt, sondern eine stärkere Diversifikation  
10 der Saarwirtschaft fördert, der nicht nur auf den Erhalt des Industriestandorts  
11 Saar setzt, sondern auch den Anliegen von Mittelstand, Handwerk und  
12 Dienstleister:innen Rechnung trägt. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik muss  
13 den Umbau der Saarwirtschaft zu einer diversifizierten, resilienten und  
14 nachhaltigen Wirtschaft begleiten und die Mittel aus dem Transformationsfonds  
15 als echten Transformationstreiber einsetzen.

16 Aus diesem Grund haben die Autor:innen sieben Punkte bzw. Handlungsempfehlungen  
17 formuliert, mit denen attraktive Bedingungen für das Wirtschaften und

18 Investieren von zukunftsfähigen und nachhaltigen Betrieben (alternativ:  
19 Unternehmen) geschaffen werden.

20 1. Investitionen in Infrastruktur erhöhen

- 21 • Schaffung einer modernen Energieinfrastruktur (leistungsfähige und  
22 intelligente Stromnetze)
- 23 • optimale klimaschonende Verkehrsanbindung an die wichtigsten deutschen und  
24 europäischen Wirtschaftszentren
- 25 • Anbindung an das europäische Wasserstoffnetz, Aufbau regionaler  
26 Produktions-, Transport und Speicherkapazitäten für Wasserstoff
- 27 • flächendeckende Glasfasernetze
- 28 • flächendeckende Ladeinfrastruktur für E-Mobilität

29 2. Digitalisierung als branchenübergreifender "Motor" der Transformation

- 30 • Beschleunigung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung
- 31 • Unterstützung von kleinen und mittleren Betrieben bei der Digitalisierung  
32 von Geschäftsprozessen und Gewährleistung von Cybersecurity
- 33 • Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung zur Stärkung digitaler  
34 Kompetenzen

35 3. Standortvorteile nutzen und stärken

- 36 • Wir wollen
- 37 • das Saarland als Region im Herzen Europas mit kulturellen und sprachlichen  
38 Kompetenzen positionieren
- 39 • "Talente, Technologie und Toleranz" als Markenkern etablieren
- 40 • den Wissenschaftsstandort Saarland stärken und die wirtschaftlichen  
41 Chancen einer ausgezeichneten Hochschullandschaft stärker nutzen (CISPA,  
42 Pharma, uvm)
- 43 • die Chancen des Saarlandes als Teil der Großregion mit über 11 Mio.  
44 Einwohnern:innen, mit kurzen Wegen und vielfältigen Strukturen besser  
45 nutzen
- 46 • einen Modellregioncharakter anstreben (z.B. beim grenzüberschreitenden  
47 Dienstleistungsverkehr)

48 4. Fachkräftepotenzial erhalten und stärken

- 49 • Ausbau der Kinderbetreuung zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen
- 50 • transparente und unbürokratische Verfahren zur Anwerbung ausländischer
- 51 Fachkräfte, erleichterte Anerkennung von Qualifikationen und schnelle
- 52 Arbeitsaufnahme ermöglichen
- 53 • regionale Weiterbildungs- und Umschulungsstrukturen und Konzepte
- 54 bedarfsgerecht fördern

55 5. Strategisches Flächenmanagement

- 56 • Sanierung und Vermarktung von Brownfields als Industrie- und
- 57 Gewerbeflächen aus Transformationsmitteln forcieren

58 6. Bürokratielasten reduzieren

- 59 • Prozessoptimierung und Digitalisierung beschleunigen, um den
- 60 Bürokratieaufwand zu senken
- 61 • kontinuierliche Überprüfung von neuen und existierenden Vorschriften und
- 62 Regelungen

63 7. Idee und Kapital vernetzen

- 64 • Konsolidierung der Beratungslandschaft für Unternehmensgründer:innen und
- 65 Start-ups und eine Konzentration der Förderung (inklusive Finanzierung)
- 66 • Start-up-Kongress mit innovativen Formaten etablieren

67 Antragssteller:

68 Aus dem Landesvorstand: Jeanne Dillschneider (Landesvorsitzende), Volker Morbe  
69 (Landesvorsitzender), Hanko Zachow (politischer Geschäftsführer), Claudia  
70 Schmelzer (stellv. Landesvorsitzende)

71 Aus der LAG Wirtschaft und Finanzen: Anne Lahoda (LAG Sprecherin), Arno  
72 Kurtenacker, Bernard Kraus, Christian Molitor, Harald Rech, Henning Jank, José  
73 Rodriguez Maicas

## Begründung

Erfolgt mündlich

## A6 Abänderung von Beschlüssen bezüglich Ablauf und Ziele der Strukturreform

Gremium: LAVO  
Beschlussdatum: 08.11.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

### Antragstext

1 Der Landesparteitag beschließt, teils Abänderung der Beschlüsse des kleinen  
2 Parteitags und des Parteirates, bezüglich des Ablaufs und der Ziele der  
3 Strukturreform:

4 1) Der Landesvorstand beauftragt eine externe Kanzlei zur Erstellung des  
5 Satzungsentwurfes.

6 2) Der Parteirat wird durch den Landesparteitag gewählt. Der Parteirat besteht  
7 aus 12 gewählten Mitgliedern sowie dem geschäftsführenden Landesvorstand. Die  
8 Kreisverbände können jeweils Vorschläge für die zu wählenden Mitglieder des  
9 Parteirates machen. Damit kann eine Sicherstellung der Quotierung und eine  
10 Beteiligungschance der ganzen Basis (z. B. der LAGen, der GJ etc.) erfolgen.

11 3) Die Mitglieder des Landesvorstands werden alle durch den Landesparteitag  
12 gewählt.

13 4) Der Landesvorstand wird auf sechs Personen verkleinert. Es werden 2  
14 stellvertretende Landesvorsitzende gewählt.

15 5) Der Austausch mit den KVen (Kreisvorständekonferenz) wird in einer  
16 Geschäftsordnung geregelt.

17 Begründung:

18 Auf dem letzten kleinen Parteitag und Parteirat wurde auf Basis der Ergebnisse  
19 der Strukturkommission ein Grundsatzantrag zur Strukturreform beschlossen.  
20 Daraufhin hat eine Satzungskommission die Arbeit aufgenommen und zunächst die  
21 Beschlusslage sortiert und sich mit dem Justiziar des Bundesverbandes beraten.  
22 Im Rahmen einer juristischen Prüfung sind dabei mehrere problematische Aspekte  
23 aufgefallen, die einer Anpassung bedürfen. Da die Satzungskommission kein  
24 politisches Mandat hat und ihre Aufgabe auch nicht so begreift, ist ein erneuter  
25 Beschluss des Parteitags notwendig.  
26 Die Änderungen sollen die Vorschläge der Strukturkommission möglichst nah  
27 abbilden und die Vereinbarkeit mit dem Parteiengesetz sicherstellen.

28 Zu 1) Mangels ausreichender personeller Ressourcen und der anstehenden  
29 Bundestagswahl möchten wir eine externe Kanzlei beauftragen, die Satzung neu zu  
30 erstellen. Wir sind zur Einstellung gekommen, dass es sich dabei um einen  
31 erheblichen Aufwand handelt, den wir nicht im vorgegebenen Zeitrahmen stemmen  
32 können. Eine externe Beauftragung dürfte die Korrektheit der neuen Regelungen  
33 gewährleisten.

34 Zu 2) Der Parteirat ist ein Gremium auf Landesebene, das daher auch von den  
35 Delegierten des Landesparteitages gewählt werden sollte. Eine „Bestätigung“ von  
36 vorher gewählten Mitgliedern ist in der Satzung nicht vorgesehen, da sie anders  
37 als eine „Wahl“ nicht geregelt ist.

38 Zu 3) Vorgesehen war zuvor eine Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden  
39 aus dem Kreis des Parteirats. Dadurch wird die Möglichkeit einer freien  
40 Kandidatur eingeschränkt und das Gremium nicht aus den Reihen der Versammlung  
41 gewählt. Dies ist nicht mit dem Parteiengesetz vereinbar. Zudem hätten die  
42 Mitglieder eine Doppelfunktion, sodass der beratende Charakter des Parteirates  
43 verloren ginge.

44 Zu 4) Der Parteirat ist keine Versammlung im Sinne des Parteiengesetzes und darf  
45 daher nach dem Parteiengesetz nur zu 1/5 aus geborenen Mitgliedern bestehen.  
46 Dies kann durch eine Verkleinerung des Landesvorstandes, dessen Mitglieder  
47 geborene Mitglieder im Parteirat sind, gelöst werden.

48 Zu 5) Die Regelung einer Konferenz, die kein Gremium, Organ oder eine  
49 Versammlung mit definierten Aufgaben darstellt, sollte besser in einer  
50 Geschäftsordnung getroffen werden. Die Kreisvorständekonferenz kann weder  
51 Beschlüsse für die Kreise noch für das Land erlassen. Zudem wird so in die  
52 Autonomie der Kreisvorstände eingegriffen.

## A8 Antrag Leitbild

Gremium: LAVO  
Beschlussdatum: 08.11.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

### Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Die Entwicklung eines Leitbildes und eines Grundsatzprogramms für den  
3 saarländischen Landesverband von Bündnis 90/ Die Grünen – in Form eines Prozesses  
4 mit hoher Mitgliederbeteiligung.

5 Begründung

6 Der Parteirat hatte mit dem Einsetzen der Strukturkommission eine Reform unseres  
7 Landesverbandes auf organisationaler Ebene angestoßen. Damit die neuen  
8 Strukturen auch von innen belebt werden, sieht der Antragsteller zusätzlich  
9 eine Entwicklung auf strategischer und kultureller Ebene als notwendig an.

10 Von der Entwicklung eines Leitbildes und eines darauf aufbauenden  
11 Grundsatzprogramms wird folgende Wirkung erwartet:

12 nach innen:

- 13 • gemeinsame Linien für unsere Entwicklung
- 14 • verbessert Prozess der politischen Willensbildung
- 15 • Kulturentwicklung als nächster Schritt um die neuen Strukturen zu beleben
- 16 • wertorientierter Umgang mit Zielkonflikten
- 17 • gemeinsames Grundverständnis zu relevanten Themen
- 18 • stärkt Zusammenarbeit und Identifikation

19 nach außen:

- 20 • abgestimmtes Auftreten
- 21 • Identifikationspotentiale

22 übergreifend:

- 23 • Identifikationspotentiale
- 24 • Antworten auf aktuelle politische Themen
- 25 • Handlungsrahmen für Mandatsträger:innen und Aktive
- 26 • Repräsentierende orientieren sich im Tagesgeschäft an seinen Inhalten

27 Rahmenbedingungen

- 28 • Steuerung und Zusammenführung der Ergebnisse liegen beim Landesvorstand
- 29 • dezentrale Workshops unterstützt durch eigens gegründete Arbeitsgruppe
- 30 • Der Entwicklungsprozess soll den Anforderungen genügen, die von der
- 31 Strukturkommission an die Partei gestellt wurde und insbesondere auf
- 32 kultureller Ebene wirken:

33 Transparenz

- 34 • über den Prozess wird breit informiert die Ergebnisse sind über
- 35 antragsgrün zugänglich

36 Vernetzung

- 37 • kreisübergreifender Austausch in den Workshops

38 Bessere Prozesse

- 39 • Prozess der Leitbildentwicklung wird professionell geplant und umgesetzt

40 Teilhabe

- 41 • Planung und Durchführung durch neutrale, professionelle Moderationsperson:
- 42 eine gruppensdynamisch sensible methodische Gestaltung erhöht die Chance,
- 43 dass alle Sichtweisen und Ideen, eingebracht werden können - auch von
- 44 Personen die leiser oder weniger redegewandt sind
- 45 • landesweit mehrere Workshoptermine
- 46 • Möglichkeit ortsunabhängig an Terminen teilzunehmen
- 47 • evtl. 1- 2 Onlinetermine zusätzlich

# H1 Haushalt 2025

Gremium: LAVO

Beschlussdatum: 16.10.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Haushalt 2025 /Mittelfristige Finanzplanung 2025-27

## Antragstext

- 1 Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung vom 16.10.2024 den Haushaltsplan 2025
- 2 beschlossen. Grundlagen sind die aktualisierte Haushaltsplanung 2024 und die
- 3 Mittelfristige Finanzplanung bis 2027.
- 4 In Veränderung zu den Vorjahren werden die zur Verfügung stehenden Mittel
- 5 fokussiert auf die Professionalisierung des Landesverbandes, die Stärkung der
- 6 Kreisverbände mit zusätzlichem vom Bundesverband finanzierten Personal und die
- 7 Landtagswahl 2027.
- 8 Der Bundesverband hat Anforderungen an die Buchhaltung des Landesverbandes
- 9 gestellt, die zu einer weiteren Personalisierung führte.
- 10 Die Landesgeschäftsstelle ist umgezogen mit einer Verbesserung der
- 11 Büroqualitäten und verbesserten Tagungsmöglichkeiten für die unterschiedlichsten
- 12 Gliederungen des Landesverbandes.

## Haushalt 2025

	Haushaltsplan 2024	Haushaltsplan 2024 aktualisiert	Haushaltsplan 2025
Wahlen:	KM/EW	KM/EW	BTW
<b>EINNAHMEN</b>			
Grundfinanzierung (Zuschuss von Gliederungen)	400.000,00	433.821,17	420.000,00
Mandatsträger*innenbeiträge			4.000,00
Geldspenden/Verzichtsspenden	2.000,00	2.000,00	2.000,00
Sonstiges		775,00	600,00
Staatliche Grundfinanzierung vom LV	11.299,00	11.299,00	11.299,00
Sonstige Zuschüsse von Gliederungen/BV (inkl. Personalkosten Kreis-Assistenten)		15.000,00	100.000,00
<b>SUMME EINNAHMEN</b>	<b>413.299,00</b>	<b>462.895,17</b>	<b>537.899,00</b>
<b>AUSGABEN</b>			
Personalkosten (inkl. Überstunden)	205.000,00	270.000,00	350.000,00
Lfd. Geschäftsbetrieb (inkl. Umzug)	50.000,00	123.000,00	100.000,00
Allg. politische Arbeit	50.000,00	66.000,00	60.000,00
Wahlkampfkosten	100.000,00	130.000,00	250.000,00
Sonstige Zuschüsse an Gliederungen (OV/KV/BV/GJ/GG)	15.000,00	25.000,00	25.000,00
Investitionen	5.000,00		
Sonstiges	10.000,00		10.000,00
<b>SUMME AUSGABEN</b>	<b>435.000,00</b>	<b>614.000,00</b>	<b>795.000,00</b>
<b>EINNAHMEN - AUSGABEN</b>	<b>21.701,00</b>	<b>-151.104,83</b>	<b>-257.101,00</b>
<b>REINVERMÖGEN (31.12.)</b>		<b>615.896,51</b>	<b>358.795,51</b>

## H2 Mittelfristige Finanzplanung 2025-2027

Gremium: LAVO

Beschlussdatum: 16.10.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Haushalt 2025 /Mittelfristige Finanzplanung 2025-27

### Antragstext

1 Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung vom 16.10.2024 den Haushaltsplan 2025  
2 beschlossen. Grundlagen sind die aktualisierte Haushaltsplanung 2024 und die  
3 Mittelfristige Finanzplanung bis 2027.

4 In Veränderung zu den Vorjahren werden die zur Verfügung stehenden Mittel  
5 fokussiert auf die Professionalisierung des Landesverbandes, die Stärkung der  
6 Kreisverbände mit zusätzlichem vom Bundesverband finanzierten Personal und die  
7 Landtagswahl 2027.

8 Der Bundesverband hat Anforderungen an die Buchhaltung des Landesverbandes  
9 gestellt, die zu einer weiteren Personalisierung führte.

10 Die Landesgeschäftsstelle ist umgezogen mit einer Verbesserung der  
11 Büroqualitäten und verbesserten Tagungsmöglichkeiten für die unterschiedlichsten  
12 Gliederungen des Landesverbandes.

## Mittelfristige Finanzplanung 2025-2027

	Haushaltsplan	Haushaltsplan	Haushaltsplan	Haushaltsplan	Haushaltsplan
	2024	2024 aktualisiert	2025	2026	2027
<b>EINNAHMEN</b>			<b>BTW</b>		<b>LTW</b>
Grundfinanzierung (Zuschuss von Gliederungen)	400.000,00	433.821,17	420.000,00	420.000,00	420.000,00
Mandatsträger*innenbeiträge			4.000,00	16.000,00	64.000,00
Geldspenden/Verzichtsspenden	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
Sonstiges		775,00	600,00	600,00	600,00
Staatliche Grundfinanzierung vom LV	11.299,00	11.299,00	11.299,00	11.299,00	11.299,00
Sonstige Zuschüsse von Gliederungen/BV (inkl. Personalkosten Kreis-Assistenten)		15.000,00	100.000,00	80.000,00	120.000,00
<b>SUMME EINNAHMEN</b>	<b>413.299,00</b>	<b>462.895,17</b>	<b>537.899,00</b>	<b>529.899,00</b>	<b>617.899,00</b>
<b>AUSGABEN</b>					
Personalkosten (inkl. Überstunden)	205.000,00	270.000,00	350.000,00	350.000,00	350.000,00
Lfd. Geschäftsbetrieb (inkl. Umzug)	50.000,00	123.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Allg. politische Arbeit	50.000,00	66.000,00	60.000,00	60.000,00	60.000,00
Wahlkampfkosten	100.000,00	130.000,00	250.000,00	50.000,00	250.000,00
Sonstige Zuschüsse an Gliederungen (OV/KV/BV/GJ/GG)	15.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Investitionen	5.000,00				
Sonstiges	10.000,00		10.000,00	10.000,00	10.000,00
<b>SUMME AUSGABEN</b>	<b>435.000,00</b>	<b>614.000,00</b>	<b>795.000,00</b>	<b>595.000,00</b>	<b>795.000,00</b>
<b>EINNAHMEN - AUSGABEN</b>	<b>21.701,00</b>	<b>-151.104,83</b>	<b>-257.101,00</b>	<b>-65.101,00</b>	<b>-177.101,00</b>
<b>REINVERMÖGEN (31.12.)</b>		<b>615.896,51</b>	<b>358.795,51</b>	<b>293.694,51</b>	<b>116.593,51</b>